



## Protokoll der 31. Sitzung des Einwohnerrates

vom 28. September 2011, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 35 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder John Brunner, Enrico Kiefer, Adrian Mächler, Lorenz Rudin, Peter Stengle

| Traktanden   | Laufnummer            |
|--|-----------------------|
| 1. Interpellation „SBB-Entflechtungswerk im Burgeinschnitt Liestal“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion<br><i>://: Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i>  | 2011/182              |
| 2. Berichte Stadtrat und Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Knotenausbau mit Lichtsignalanlage in Rosenstrasse - Nonnenbodenweg – Sulzbergerstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung von TCHF 610<br><i>://: Gemäss Anträgen Stadtrat und BPK werden das Projekt und der Bruttokredit von TCHF 610 inkl. Mehrwertsteuer zulasten der Einwohnerkasse, Investitionskonto 1.620.501.75, bewilligt.</i> | 2011/173<br>2011/173a |
| 3. Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) der Stadt Liestal<br><i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>  | 2011/183              |
| 4. Sanierung Haus zur Allee<br><i>://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>  | 2011/184              |
| 5. Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Zone für preisgünstigen Wohnungsbau<br><i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>  | 2011/155<br>2011/155a |
| 6. Bericht Stadtrat zum Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend Sanierung des Waldspielplatzes Sommerhalden<br><i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>   | 2011/153<br>2011/153a |
| 7. Bericht Stadtrat zum Postulat „Robinson-Spielplatz Fraumattquartier“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>://: Vom stadträtlichen Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>   | 2011/161<br>2011/161a |
| 8. Postulat „Jugendzentrum in der Allee – Wegweisungsrecht für den Leiter“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>Das Postulat wird von der Postulantin zurückgezogen.</i>   | 2011/181              |

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung.

Am 24. September 2011 ist Rudolf Strübin-Plattner im Alter von 94 Jahren verstorben. Die Abdankung findet am 03. Oktober 2011 statt. In einer Schweigeminute wird an den Verstorbenen gedacht, welcher von 1964 bis 1984 Gemeinderat von Liestal war.

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entschiede der letzten Bürositzung vom 22. September 2011:

- Die Einwohnerratssitzung vom 26. Oktober 2011 wird mangels Geschäften bzw. Traktanden abgesagt, was den Ratsmitgliedern mit gestrigem Mail des Ratsschreibers bereits mitgeteilt wurde. Die nächste Ratssitzung wird auf 23. November 2011 einberufen.
- Die beiden Vorlagen „Jahresprogramm 2012“ und „Voranschlag 2012“ werden den Ratsmitgliedern in der zweiten Oktoberhälfte mit separatem Versand zugestellt und auf die Ratssitzung vom 14.12.2011 traktandiert.  
Der Voranschlag 2012 ist der FIKO und BPK zur Vorberatung überwiesen worden.
- Das Büro beantragt dem Rat die Auflösung der GEB-Spezialkommission. Die Vorlage Nr. 2011/185 ist an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden und wird auf die nächste Ratssitzung traktandiert.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- ER-Vorlage Nr. 2011/185 (Auflösung GEB)
- ER-Vorlagen Nr. 2011/186 (neuer Vorstoss)
- Broschüre „Baselland in Zahlen 2011“
- Medienmitteilung Stadtrat „Entflechtung SBB – Der Stadtrat Liestal nimmt Stellung zu den Studien der SBB zur Lösung des Abkreuzungskonflikts“

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                   |  |
|-------------------|--|
| - Canan Güngör    | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Michael Bischof | B: Mitte                               |
| - Sabine Sutter   | C: Seite SP, Grüne                     |

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Von den Stadratsmitgliedern werden an der heutigen Ratssitzung keine Mitteilungen gemacht.

## Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation zum Gegenleistungsmodell für Sozialhilfebeziehende von Peter Furrer der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/186)

## Traktandenliste

### Trakt. 8 – Interpellation „SBB-Entflechtung“ (Nr. 2011/182)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro gemäss stadträtlichem Antrag aus aktuellem Anlass vorschlägt, dass das Traktandum Nr. 8 „Interpellation betr. SBB-Entflechtungswerk im Burgeinschnitt Liestal von Pascal Porchet der FDP-Fraktion“ vorgezogen und als 1. Traktandum behandelt wird.

Er kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zur vorgeschlagenen Traktandenlisten-Änderung angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Vorschlag des Büros zu, weshalb die Interpellation „SBB-Entflechtungswerk im Burgeinschnitt Liestal“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2011/182) als 1. Traktandum behandelt wird.

**291 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Interpellation „SBB-Entflechtungswerk im Burgeinschnitt Liestal“  
von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2011/182)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Pascal Porchet  
FDP Fraktion*

***Dringliche Interpellation***

***SBB Entflechtungsbauwerk im Burgeinschnitt Liestal  
(Quelle Basler Zeitung 31.08.2011 / Seite 25)***

*Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:*

*Wir bitten um eine kurze Erklärung zum Projekt.*

*Warum wird ein Grossprojekt „unter strengster Geheimhaltung“ in der Presse publiziert?*

*Wer sind die Beteiligten Behörden (Kanton), Parteien (Stadt) und Personen (Einwohnerrat)?*

*Wann will der Stadtrat die Öffentlichkeit und Einwohnerrat informieren?*

*Was sind die baulichen, finanziellen und politischen Konsequenzen für Liestal?*

*Von welcher Zeitspanne ist die Rede: Planung und Ausführung?*

*Pascal Porchet*

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält im Zusammenhang mit der Beratung des vorliegenden Vorstosses folgende Punkte fest:

- An der letzten Ratssitzung vom 31. August 2011 hatte sich der Einwohnerrat gegen die Dringlichkeit der Interpellation ausgesprochen.
- Im Zusammenhang mit der vorgängigen Traktandenlisten-Bereinigung hatte der Rat gemäss Antrag des Stadtrates und Vorschlag des Büros vorgängig beschlossen, dass das Geschäft aus aktuellem Anlass eingangs der Sitzung behandelt wird.
- Den Ratsmitgliedern ist an der heutigen Sitzung auch die stadträtliche Medienmitteilung „Entflechtung SBB – Der Stadtrat nimmt Stellung zu den Studien der SBB zur Lösung des Abkreuzungskonflikts“ am heutigen Nachmittag per E-Mail zur Kenntnis gebracht und als Tischpapier verteilt worden.
- Stadtrat Ruedi Riesen wird zum Projekt ergänzende Erklärungen abgeben sowie die Fragen des Interpellanten beantworten.
- Sollten vom Stadtrat noch Sachverständige für Erläuterungen beigezogen werden, so müsste dieser einen entsprechenden Antrag gemäss § 44 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes stellen.

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, dass er zuerst das Projekt erklären und dann die Fragen des Interpellanten beantworten wird.

*Stellungnahme Stadtrat zu Studien der SBB:*

Die stadträtliche Stellungnahme zu den SBB-Studien zur Lösung des Abkreuzungskonfliktes kann der heute verschickten sowie als Tischpapier verteilten Medienmitteilung entnommen werden.

Bezugnehmend auf den Ausdruck der Powerpoint-Präsentation der heutigen Medienmitteilung, welche der Medienmitteilung angefügt ist, werden folgende Ergänzungen gemacht und Erklärungen abgegeben:

- Die geschlossene politische Meinung des Stadtrates gemäss Medienmitteilung ist die Basis aller weiteren Projektdiskussionen und Verhandlungen.
- Die Problematik des Abkreuzungskonfliktes liegt beim Zusammenschluss der Strecken von Frenkendorf und dem Adlertunnel. Die Lösungsvarianten 1 – 3 sind in den Situationsplänen ersichtlich.
- Die SBB-Studie ist dem Stadtrat im April 2011 zur Kenntnis- bzw. Stellungnahme gebracht worden. Die stadträtliche Stellungnahme ist zusammen mit Vertretern des Kantons, Fachleuten und dem Begleitgremium ausgearbeitet worden. Nebst zwei Fachexperten sind im politischen Begleitgremium Einwohnerrat Adrian Mächler (FDP), Einwohnerrat Franz Kaufmann (SP), Alt-Einwohnerrat und Landrat Dieter Epple (SVP) sowie Dieter Schenk als Alt-Landrat vertreten.
- Die Variante 1 (Unterquerung mittels Tunnel), Variante 2 (Überquerung mittels Brücke) und Variante 3 (Entflechtung im Burgeinschnitt) werden erörtert, auf Vor- und Nachteile hingewiesen sowie auf Besonderheiten aufmerksam gemacht.
- Die Lösungsvariante 3 „Entflechtung im Burgeinschnitt“ erfüllt die Anforderungen der Stadt Liestal aufgrund des heutigen Planungsstands mit Abstand am Besten.

*Stellungnahme zu Fragen der Interpellation Nr. 2011/182:*

- 1: Das Projekt ist bei der vorgängigen Information erklärt worden.
- 2: Der Kanton und die Stadt hatten sich darauf geeinigt, dass man erst nach Abschluss der inhaltlichen Klärungen kommunizieren wird. In der Folge hatte dann die Presse in Eigeninterpretation informiert, dass es den Burgeinschnitt betreffen könnte. Vom formalen Aspekt her konnte man lediglich darüber Auskunft geben, welche Gruppierungen mit der Ausarbeitung der Stellungnahme beschäftigt sind.
- 3: Als beteiligte Behörden können der Kanton, vertreten durch die Bau- und Umweltschutzdirektion, sowie die Stadt Liestal, vertreten durch den Stadtrat, aufgeführt werden. Über die personelle Zusammensetzung des stadträtlichen Begleitgremiums hatte er bereits vorgängig informiert.
- 4: Die Information des Einwohnerrates sowie der Öffentlichkeit ist heute erfolgt.
- 5: Über die baulichen Konsequenzen hatte er ebenfalls vorgängig im Detail informiert. Die finanziellen Konsequenzen für Liestal können noch nicht beziffert werden, gemäss Machbarkeitsstudien dürften sich die Investitionen zwischen 350 und 450 Millionen Franken bewegen. Die Folgekosten für Liestal sind noch vollkommen offen. Die politische Konsequenz ist, dass die stadträtliche Stellungnahme Grundlage für die weiteren Verhandlungen der Stadt und des Kantons mit den SBB bilden wird.
- 6: Die Planungsarbeiten sollten bis Ende 2013 abgeschlossen sein. Das Vorprojekt sollte bis im Jahre 2017 vorliegen. Nach den Projekt- und Kreditgenehmigungen ist ab 2017 mit einer zehnjährigen Bauzeit zu rechnen.

Pascal Porchet (FDP) dankt als Interpellant für die offenen Worte, die Transparenz und Antworten zu seinen Fragen. Die Fülle an Informationen und das Ausmass des Projektes haben ihn natürlich schon etwas erschlagen, weiss man doch nun, was künftig auf Liestal zukommen werde. Gut ist auch, dass die Parteien in der Begleitgruppe vertreten sind, damit es keine isolierte Haltung des Stadtrates gibt. Es ist wünschenswert, wenn man von den Varianten 1 bis 3 vertieftere Unterlagen erhalten könnte. Das riesige Bauwerk ist es wohl wert, dass man darüber in regelmässigen Abständen im Einwohnerrat berichten würde. Mittlerweile sei er felsenfest davon überzeugt, dass die Öffentlichkeit über Bauvorhaben in dieser Grössenordnung regelmässig informiert werden sollte.

Michael Bischof (FDP) fühlt sich etwa ein Jahrzehnt zurückversetzt, als das Projekt Bahn 2000 ein Thema war. Den Status quo hatte man schon damals und es wurde leider nichts gemacht. Er hoffe, dass dies beim SBB-Entflechtungsbauwerk nicht der Fall sein wird, was aber eine gute, laufende und transparente Information bedingt. Das bevorstehende Generationenbauwerk mit längerer Bauzeit ist immens und wird Liestal massiv zeichnen. Lösungen zum Abkreuzungskonflikt für ein weiteres Potential auf der Bahnstrecke durch Liestal braucht es. Er hoffe natürlich schon, dass der Stadtrat auch das Bestmögliche im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung einbringen wird. Mit einem Postulat betreffend einer Überdeckung des Burgeinschnittes hatte er sich schon ungefähr im Jahr 1995 eingebracht. Fakt ist, dass beim Burgeinschnitt städtebaulich etwas getan werden könnte. Und dies müsste spätestens jetzt beim SBB-Projekt eingebracht werden. Gegebenenfalls müsste diesbezüglich nochmals ein neuer Vorstoss im Einwohnerrat eingebracht werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, mit dem Projekt Bahn 2000 sei auch die Tieflage verbunden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die vom Stadtrat bevorzugte Lösungsvariante unter Berücksichtigung der verschiedenen Quartierplanungen rund um den Bahnhof auch mit einer Tieflage kompatibel sein werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, welche Kosten der Stadt Liestal erwachsen werden.

Jürg Holinger (GL) macht dem Stadtrat ein Kompliment dafür, auf welche Art und Weise dieser das Problem angegangen ist. Seine Fraktion unterstütze den Stadtrat auch in seiner Meinung und Haltung betreffend der bevorzugten Variante. Eine kleine politische Unkorrektheit dürfte es sein, dass in der politischen Begleitgruppe zwei einwohnerrätliche Fraktionen nicht vertreten sind. Sollte dieses Gremium weiterhin tätig sein, sollte dies noch korrigiert werden.

Walter Leimgruber (SP) bemerkt, dass auch seine Fraktion von den Dimensionen dieses Bauwerks beeindruckt sei. Es ist klar, dass die finanziellen Folgen für die Stadt noch nicht beziffert werden können. Könnten aber vielleicht Aussagen betreffend dem Kostenverteiler gemacht werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass der Stadtrat schon vor längerer Zeit Abstand von der Tieflage genommen habe, und sie bitte den Einwohnerrat, dies ebenfalls zu machen, zumal die Stadt Liestal und auch der Kanton die finanziellen Mittel für ein solches Bauwerk nicht zur Verfügung stellen. Seit 15 Jahren habe man in Liestal einen Stillstand, da von den SBB in Liestal gar nichts mehr getan wurde. Sollte Liestal beispielsweise den Viertelstundentakt und Lösungen beim Burgeinschnitt wollen, so müsste nun auch klar Abstand von der Tieflage genommen werden.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt Stellung zu verschiedenen Anregungen und Fragen der Vorredner: Die aktenkundigen, umfangreichen Pläne können selbstverständlich auf dem Stadtbauamt eingesehen werden. Die regelmässige Berichterstattung im Einwohnerrat macht durchaus Sinn. In der stadträtlichen Stellungnahme zu den SBB-Studien sind bezüglich der Stadtentwicklung folgende Punkte festgehalten: Bei den weiteren Planungsarbeiten ist die Überdeckung des Burgeinschnittes sowie die Realisierung eines Park & Ride-Parkhauses zu prüfen. Lösungen im Zusammenhang mit den Beeinträchtigungen beim Burgeinschnitt sind noch zu finden. Auch wird bezüglich der Hoch- oder Tieflage in der Stellungnahme festgehalten, dass den Beeinträchtigungen bei der Bahnhofentwicklung die gebührende Beachtung zu schenken ist, obwohl sich Veränderungen nur südwärts ergeben und die Quartierplanungen beim Bahnhof nicht tangiert sind. Er verstehe den Einwand der Grünen Fraktion und findet es ebenfalls sinnvoll, dass die Begleitgruppe mit Vertretern aus allen einwohnerrätlichen Fraktionen bestückt wird. Die Frage bezüglich der Folgekosten für die Stadt kann er im heutigen Zeitpunkt nicht beantworten. Diese sollten jedoch spätestens bei Vorliegen des Vorprojektes bekannt werden.

Beat Gränicher (SVP) findet es wichtig, dass die Informationen künftig knallhart durchgegeben werden. Auch im Zusammenhang mit dem Bahnhof Stuttgart wurde von der Bevölkerung relativ spät Opposition gemacht. Viele Probleme hätten wohl auch dort mit einer frühzeitigen, besseren Information der Bevölkerung vermieden werden können. So dürfte es doch die Bewohner und Eigentümer im Burgeinschnitt interessieren, wie das betreffende Gebiet künftig erschlossen sein wird, ob man Pflanzland verliert, was mit dem alten Gitterli-Stadion passieren wird usw. Diesbezügliche neue Erkenntnisse sowie Informationen müssen laufend an die Bevölkerung gelangen. Die SVP-Fraktion ist wohl im Begleitgremium vertreten, doch habe die Fraktion absolut keine Informationen von ihren Vertretern erhalten. Natürlich macht es Sinn, dass alle Fraktionen in der Begleitgruppe vertreten sein werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Somit ist die Interpellation Nr. 2011/182 beantwortet und erledigt.*

**292 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Berichte Stadtrat und Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Knotenausbau mit Lichtsignalanlage in Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergerstrasse; Projekt- und Kreditgenehmigung von TCHF 610 (Nr. 2011/173, Nr. 2011/173a)**

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2011/173a kurz fest. Die BPK musste zur Kenntnis nehmen, dass das Problem nicht mit einem Kreisell anstelle einer Lichtsignalanlage gelöst werden kann. Die Installation von zwei zusätzlichen Lichtsignalanlagen ist nötig, wobei diese koordiniert zu steuern sind. Mit der Lichtsignalanlagen-Lösung herrschen auch für die Velofahrer bessere Verhältnisse. Der stadträtliche Antrag wird von der BPK einstimmig unterstützt.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, dass der Knotenausbau bei der Kreuzung Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergerstrasse das Ende der Umsetzung des Verkehrskonzeptes bedeuten wird. Im Zusammenhang mit dem Manor-Neubau steht auch die Realisierung des Büchelplatzes an, welcher von der Manor finanziert wird. Entgegen anderslautenden Aussagen halte er fest, dass das Bücheli auch weiterhin befahrbar sein wird, und die aktuelle Strassensperrung lediglich mit den Manor-Bauarbeiten zu tun habe. Mit der vorgeschlagenen Lösung wäre bei einer Überlastung der Rosenstrasse punktuell auch eine Umleitung über den Nonnenbodenweg und Kantinenweg zur Kasernenstrasse möglich.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Antrag des Stadtrates bzw. der BPK, da bei der Kommissionsberatung alle Fragen beantwortet werden konnten. Trotz der positiven Grundhaltung macht sich die SVP-Fraktion doch Sorgen betreffend der Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem nach wie vor fehlenden Zentrumsanschluss. Erfreut nehme man von der möglichen Entlastung der Rosenstrasse Kenntnis, wie sie von Stadtrat Ruedi Riesen vorgängig erwähnt wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Einfahrt in die Rosenstrasse vom Nonnenbodenweg her ist in Stosszeiten bereits heute problematisch. Die Strassenüberquerungen mit Lichtsignalanlagen bei der Rosenstrasse, beim Nonnenbodenweg und bei der Sulzbergerstrasse ist für die Fussgänger auch sicherer. Schön wäre es natürlich gewesen, wenn der Kanton die gesamten Kosten für die neue Kantonsstrasse übernommen hätte. Ihre Fraktion wird dem BPK-Antrag zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) meint, die Rosenstrasse sei heute die wichtigste Umfahrroute des Zentrums Liestal. Sie ist wichtig für die Autofahrer, gehört aber gleichzeitig zum kommunalen Radroutennetz. Er erinnere daran, dass die Interessen der Velofahrenden bei jedem Strassenprojekt zu berücksichtigen sind, wie dies an der Ratssitzung vom 27. Januar 2010 im Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 2007/148 beschlossen wurde. Es ist deshalb einmal mehr frustrierend, dass man nun auch beim vorliegenden Projekt erneut mit Anträgen für eine Verbesserung der Velosituation vorstellig werden musste. Auch wurde „Pro Velo“ bei der Ausarbeitung des Projektes nicht mit einbezogen, obwohl dies vom Stadtbauamt im Zusammenhang des Postulates Nr. 2007/148 versprochen wurde. Auch kann dem Situationsplan der Vorlage Nr. 2011/173 nicht entnommen werden, wie die Sicherheit der Velofahrer gewährleistet sein soll. Dem BPK-Bericht kann entnommen werden, dass vom Stadtbauamt diesbezüglich noch weitere Abklärungen getroffen werden. Wie sehen nun die Lösungen für die Velofahrer aus? Die Grüne Fraktion stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, bestehe aber auf einer Verbesserung der Situation zu Gunsten der Velofahrer. Ebenfalls hoffe man, dass sich die neue Stelle des Stadtbauamtes dem Langsamverkehr besser annehmen wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Thomas Eugster (FDP) äussert, seine Fraktion mache sich Sorgen darum, dass man in Liestal noch ausreichend Verkehrsfluss habe. Die FDP-Fraktion sehe es deshalb nicht gerne, dass man zusätzliche Lichtsignalanlagen montieren wird, denn auf der Strecke Kantonbank-Kreuzung bis Altmarkt zählt man bereits heute sieben Lichtsignalanlagen. Auch das Argument betreffend der Steuerbarkeit der neuen Lichtsignalanlagen konnte nicht alle in seiner Fraktion überzeugen, weshalb eine Mehrheit der FDP-Fraktion die Anträge des Stadtrates bzw. der BPK nicht unterstützen wird.

Franz Kaufmann (SP) findet die letzten Ausführungen seines Vorredners interessant, doch sei teilweise einfach die Optik nicht richtig, da man davon ausgehe, dass die Rosenstrasse eine Zufahrtsstrasse zum Stedtli sei. Man muss in Liestal akzeptieren, dass die Verkehrsanlagen vom Altmarkt bis nach Frenkendorf allen Verkehrsteilnehmern dienen müssen. Der SP-Fraktion leuchtet es ein, dass die Vermischung von Lichtsignalanlagen und Kreiseln eine schwierige Angelegenheit sei, beim vorliegenden Geschäft aber die Verkehrsregelung mit einer Lichtsignalanlage die richtige Lösung ist. Die Lösungsansätze von Hanspeter Meyer sind doch überlegenswert. Die SP-Fraktion wird den BPK-Antrag unterstützen.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Stadtrat Ruedi Riesen bezüglich Tempo 50 ab Höhe der Metzgerei Maag in der Büchelstrasse. Er hoffe, dass diesbezüglich noch nicht das letzte Wort gesprochen sei, denn auch bei der Poststrasse hatte man das Projekt anfänglich anders vorgestellt, als es dann schlussendlich realisiert wurde. Als früherer Anwohner der Kasernenstrasse kann er sich mit dem Lösungsvorschlag für eine Verkehrsverlagerung von der Rosenstrasse in die Kasernenstrasse nicht anfreunden, zumal die Anzahl der direkt betroffenen Anwohner entlang der Rosenstrasse und der Kasernenstrasse in etwa gleich gross sein dürfte.

Matthias Zimmermann (SP) erinnert daran, dass Liestal eine mittelalterliche Stadt sei, in welcher sich insbesondere im 19. Jahrhundert Strukturen entwickelt hatten, weshalb heute nun halt nicht einfach verkehrstechnisch alles möglich sei. Andere Verkehrsarten benötigen ebenfalls Platz. Liestal muss sich wohl mit dem Machbaren wie beispielsweise beim vorliegenden Geschäft einfach zufrieden geben.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, Liestal müsse sich Überlegungen dazu machen, was man tun würde, wenn beispielsweise der Zentrumsanschluss bzw. -kreisel wegen fehlenden finanziellen Mitteln des Kantons nicht realisiert werden könnte.

Stadtrat Ruedi Riesen bekundet Mühe damit, dass man dem Verkehr immer alles Negative anhängen will, denn ohne Verkehr und einem Stedtli mit leeren Parkplätzen dürfte auch bezüglich der Wirtschaft einiges nicht mehr stimmen. Stockender Verkehr dürfte doch schliesslich auch ein Zeichen der Prosperität sein. Der Zentrumsanschluss von Liestal ist im kantonalen Richtplan enthalten, und es stellt sich wohl nur die Frage, in welchem Zeitpunkt dieser realisiert wird. Die Stadt ist in der kantonalen Begleitkommission vertreten und interveniert auch immer wieder betreffend dem Zentrumsanschluss.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die stadträtlichen Anträge gemäss Vorlage Nr. 2011/173 und der BPK-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2011/173a werden verlesen.

://: Das Projekt für den Knotenausbau mit Lichtsignalanlage Rosenstrasse-Nonnenbodenweg-Sulzbergerstrasse wird mit grossem Mehr bei drei Gegenstimmen genehmigt.

://: Der Bruttokredit von TCHF 610 inklusive Mehrwertsteuer wird zulasten der Einwohnerkasse, Investitionskonto 1.620.501.75, mit grossem Mehr bei drei Gegenstimmen genehmigt.

**293 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) der Stadt Liestal (Nr. 2011/183)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Meret Franke (GL) äussert, das Landschaftsentwicklungskonzept LEK sei sehr umfangreich und die im LEK formulierten Ziele sind zum Teil sehr hoch gesteckt. Für solche Visionen dürfte das LEK genau den richtigen Rahmen haben, zumal dieses auch eine gute Grundlage für den Zonenplan Landschaft sein dürfte. Ihre Fraktion kann einer Überweisung des LEK an die BPK zustimmen.

Regula Nebiker (SP) stellt fest, dass die Vorlage Nr. 2011/183 mit Anhängen sehr lesenswerte Dokumente beinhalte. Es ist politisch etwas verwirrend und nicht ganz klar, welche Stellenwerte das Leitbild Natur bzw. das LEK haben sollen. Auch die Verbindlichkeit der beiden Dokumente ist nicht ganz klar, denn einerseits wird in den stadträtlichen Vorlagen die Kenntnisnahme der beiden Dokumente erwähnt, gleichzeitig aber auch die Genehmigung des LEK beantragt. Ihre Fraktion unterstütze den Vorschlag für eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK.

Pascal Porchet (FDP) berichtet, auch seine Fraktion spreche sich für eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK aus. Die Kommission müsste sich auch mit den Vorschriften von Bund und Kanton befassen und herausfinden, welche LEK-Inhalte vorgeschrieben und welche Punkte der Kategorie Wünsche zuzuordnen sind. Auch sollten die Grundeigentümer nach der LEK-Umsetzung einen Status quo haben bzw. die Eigentümerrechte bewahrt und respektiert werden. Ebenfalls sollte geklärt werden, wie sich die Folgekosten von rund TCHF 210 zusammensetzen und wie diese finanziert werden sollen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch ihre Fraktion werde einer Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

## **294 0.01.011.01 Einwohnerrat**

### **4. Sanierung Haus zur Allee (Nr. 2011/184)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Pascal Porchet (FDP) gibt bekannt, auch die FDP-Fraktion spreche sich für eine Vorberatung der Vorlage durch die BPK aus. Sorgfältig müsste noch der Gebäudezustand analysiert werden. Prüfwert wäre auch die Unterschutzstellung des Gebäudes, denn mit der geplanten Aussendämmung des Gebäudes würde sicher der heutige Charakter des Baukörpers verloren gehen. Gegebenenfalls würde ein Abriss und Neubau der Liegenschaft eher Sinn machen. Diese Alternativlösung wäre dann prüfwert, sollte man eine Renovation der Liegenschaft mit Aussendämmung gemäss stadträtlichem Vorschlag weiterhin in Betracht ziehen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, auch ihre Fraktion werde der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) findet es wichtig, dass die BPK abklären wird, ob die zwei Räume, welche der Velostation zur Verfügung gestellt wurden, auch weiterhin von dieser beansprucht werden. Die erwähnten beiden Räume sind mehrheitlich leer oder werden nur als Lagerräume benutzt.

Christine Mangold (SP) bemerkt, dass eine Sanierung der Liegenschaft wohl unbestritten ist. Auch der Vorschlag eines Vorredners für weitere Abklärungen mit dem Denkmalschutz ist prüfwert. Ihrer Fraktion ist es wichtig, dass das Haus zur Allee wieder so saniert und instand gestellt werden kann, dass dieses von den Jugendlichen und der Bevölkerung auch wieder genutzt werden kann. Die SP-Fraktion wird der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**295 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Bericht Stadtrat zum Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Zone für preisgünstigen Wohnungsbau (Nr. 2011/155, Nr. 2011/155a)**

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt als Postulant zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/155a Stellung. Dem Stadtrat wird für die rasche Beantwortung des Postulates gedankt. Die SVP-Fraktion kann sich mit dem stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates einverstanden erklären. Mit dem Vorstoss habe man auf die Möglichkeit genossenschaftlicher Wohnungsbauten hinweisen und aufmerksam machen wollen. Ein Grundgedanke ist ja auch eine gesunde Durchmischung der Wohnbevölkerung, was nach der letzten Zonenplanrevision in Liestal gewährleistet bleibt. Die Stadt selbst verfügt über kein Bauland und die Grundstücke der Bürgergemeinde sind teilweise für andere Interessen blockiert. Sein Fokus richtet sich deshalb auf Grundstücke des Kantons, wie er dies auch schon erwähnt hatte. Überrascht hatte er dem stadträtlichen Bericht entnehmen müssen, dass vom Kantonsgericht die stadträtliche Beschwerde im Zusammenhang mit der vorgesehenen Zone für öffentliche Werke und Anlagen mit Fremdnutzung abgelehnt hatte. Ein grosser Teil des Gemeindegebietes in Liestal ist auch weiterhin mit OeWA-Zonen blockiert und deshalb sind einem bezüglich der Überbauung der betreffenden Flächen auch die Hände gebunden. Die Stadt sollte sich Überlegungen machen, wie man das Ziel für eine Reduktion der riesigen OeWA-Zonenflächen erreichen könnte. Seine Fraktion wird sich überlegen, diesbezüglich einen Vorstoss einzureichen.

Regula Nebiker (SP) meint, die stadträtlichen Antworten zu den Fragen des Postulanten überraschen nicht und waren zu erwarten. Viele Gründe sprechen dafür, dass in Liestal Bauland für preisgünstiges Wohnen angeboten würde. Die vom Postulanten erwähnten Lösungsvarianten sind prüfenswert und würde sicher auch von ihrer Fraktionen unterstützt.

Elisabeth Spiess (GL) orientiert, ihre Fraktion habe sich an der April-Sitzung dieses Jahres gegen eine Postulatsüberweisung ausgesprochen und die Argumente wurden vom Stadtrat in der Beantwortung des Postulates auch wiedergegeben. Die vorgängig gemachten Überlegungen des Postulanten sind in dessen Vorstoss nicht oder zu wenig zum Ausdruck gekommen. Ihre Fraktion könnte sich aber durchaus auch vorstellen, einen überparteilichen neuen Vorstoss zu unterstützen.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass der Vorstoss ideell durchaus in Ordnung ist. Problematisch ist aber, dass die Stadt Liestal weder Grundeigentum noch finanzielle Mittel für die Förderung preisgünstiger Wohnungsbauten zur Verfügung stellen kann. Im Zusammenhang mit den letzten Quartierplan-Verfahren ist vom Stadtbauamt das Angebot günstiger Wohnbauten immer wieder thematisiert worden, doch konnte man bisher noch keine Investoren finden, welche solche Projekte unterstützen würden. Er muss zudem zugestehen, dass es der Stadtrat unterlassen hatte, den Einwohnerrat über den Kantonsgerichtsentscheid vom 13. April 2011 betreffend der Zone für öffentliche Werke und Anlagen mit Fremdnutzung zu informieren. Nach einer juristischen Beratung hatte der Stadtrat entschieden, gegen den Gerichtsentscheid nicht zu rekurrieren. Die kantonale Nutzungsplanung ist von der Kantonsarchitektin erstellt worden. Das kantonale Amt für Liegenschaftsverkehr hortet Grundstücke des Kantons und stösst kein Land ab, welches von Privaten bewirtschaftet werden könnte. Auch im Zusammenhang mit dem kantonalen Verwaltungszentrum wurden Testplanungen durchgeführt, doch liegen beispielsweise nach wie vor grössere Flächen beim alten Birmann-Spital brach. Vielleicht würde ein landrätlicher Vorstoss bezüglich der kantonalen Nutzungsplanung bzw. einer allfälligen Rückzonung an Grundstücken des Kantons Sinn machen. So konnte die Stadt beispielsweise auch der Firma Fontarocca nicht weiterhelfen, welche ihren Betrieb ausbauen möchte und nach sich nach freien Flächen erkundigt hatte.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass die Geschäftsleitung des Kantonsspitals beim gestrigen Treffen mit dem Stadtrat darüber informiert hatte, dass auf der Fläche des ehemaligen Restaurants Reblaub für die befristete Dauer von zwei Jahren Parkplätze für angestellte Frauen mit unregelmässigen Arbeitszeiten erstellt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Ergänzend halte er fest, dass dem Kantonsspital ein weiterer provisorischer Parkplatz zur Verfügung stehe, welcher ebenfalls seit über 15 Jahren befristet ist.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2011/155 als erfüllt abgeschrieben.

**296 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Bericht Stadtrat zum Postulat von John Brunner namens der SVP-Fraktion betreffend Sanierung des Waldspielplatzes Sommerhalden (Nr. 2011/153, Nr. 2011/153a)**

Beat Gränicher (SVP) nimmt stellvertretend für den an der heutigen Sitzung krankheitsbedingt abwesenden Postulanten zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/153a Stellung. Er zitiert das Mail des Postulanten, mit welchem der Forstverwaltung für die Ausführung des neuen Spielplatzes gedankt wird. Das Postulat kann deshalb auch als erfüllt abgeschrieben werden.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass der Spielplatz Sichertern saniert wurde, es aber beim Postulat um den Waldspielplatz Sommerhalden gehe, welcher ihrer Meinung nach auch noch nicht saniert wurde.

Erika Eichenberger (GL) kann bestätigen, dass der Waldspielplatz Sommerhalden tatsächlich nicht saniert wurde. Ihre Fraktion vertritt die Meinung, dass der Wald den Kindern und Jugendlichen genügend Möglichkeiten bietet, um sich vielseitig bewegen zu können, weshalb das Bereitstellen von herkömmlichen Spielgeräten nicht gewinnbringend sein dürfte. Für die betreffenden Quartiere ist es sicher ein Verlust, dass die Spielplätze Sichertern und Tiergarten nicht mehr erneuert werden, sind diese doch beliebte Treffpunkte für viele Kinder und Eltern. Sie möchte deshalb beliebt machen, dass zumindest die vorhandenen Feuerstellen sorgfältig unterhalten werden und dass das Nötige veranlasst wird, damit die Abbruchstellen nicht zu einem weiteren Unort verkommen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass Waldspielplätze schwer kontrolliert und unterhalten werden können, jedoch mache der Unterhalt von Feuerstellen durchaus Sinn. Ihre Fraktion wird der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass die Stellungnahme des Postulanten doch zu relativieren sei. Vermutlich ist John Brunner davon ausgegangen, dass in Anbetracht des erneuerten Sichertern-Spielplatzes auf die Sanierung des Waldspielplatzes Sommerhalden verzichtet werden könne. Ergänzend weist er darauf hin, dass im Langhagquartier auf Eigeninitiative der Anwohner und des Quartiersvereins der dortige Spielplatz ebenfalls saniert wurde.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, dass sich die Bürgergemeinde in einem letzten „Liestal aktuell“ klar zur den Spielplatzsanierungen geäußert hatte. Diese wird wegen den verschiedenen Vandalenakten keine weiteren Investitionen mehr tätigen.

Hansrudolf Schafroth (SVP) bestätigt die Aussagen seines Vorredners und informiert über einige passierte Sachbeschädigungen bei den Waldspielplätzen in der Vergangenheit. Die Bürgergemeinde wird auch weiterhin die Feuerstellen instand stellen, künftig aber auf die Sanierung von Spielgeräten verzichten.

Stadträtin Marion Schafroth dankt an dieser Stelle der Bürgergemeinde für ihre Bemühungen und geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Unterhalt der Spielplätze.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über die beiden stadträtlichen Anträge in einer Abstimmung abgestimmt wird.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2011/153 als erfüllt abgeschrieben.

**297 0.01.011.01      Einwohnerrat**

**7. Bericht Stadtrat zum Postulat „Robinson-Spielplatz Fraumattquartier“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/161, Nr. 2011/161a)**

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) nimmt als Postulantin zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/161a Stellung. Sie danke für den guten Bericht und habe es geschätzt, dass Stadträtin Marion Schafroth und Bereichsleiterin Claudia Christiani sich vor Ort ein Bild über die nötigen Massnahmen gemacht hatten. Wichtig ist, dass für den geplanten Spielturn Sponsoren gesucht und die Eltern für die weiteren Planungs- und Erstellungsarbeiten mit einbezogen werden. Diverse Mängel wurden zwischenzeitlich bereits behoben. Ein engagierter Vater hat sich zudem bereit erklärt, den Eltern des Fraumattquartiers bei den anstehenden Arbeiten zu helfen. Sie freue sich bereits heute auf die Einweihung des neuen Spielplatzes. Ihre Fraktion unterstütze beide Anträge des Stadtrates.

Christine Mangold (SP) sagt, dass ihr die Kinderspielplätze schon immer ein Anliegen waren. Schon vor ein paar Jahren hatten sich die Eltern im Fraumattquartier stark für ihren Spielplatz engagiert und auch Freiwilligenarbeit geleistet. Spielplätze benötigen generell viel Aufsicht und Unterhalt, doch diese Regelung habe sich in den letzten Jahren stark geändert. Irritiert habe sie die Bezeichnung Robinson-Spielplatz beim Postulat Nr. 2011/161, sind doch die Angebote und Betreuungsformen bei Spielplätzen und Robinson-Spielplätzen zum Teil recht unterschiedlich. Auch ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass im Fraumattquartier der Fraumattspielplatz auch als Robinson-Spielplatz bezeichnet wird, es sich aber nur um ein und denselben Spielplatz handelt.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, dass man auch im stadträtlichen Bericht nicht von einem Robinson-Spielplatz ausgehe. Für die Spielplätze Brunnmatt und Fraumatt ist im Entwicklungsplan 2012-2016 der Betrag von CHF 60'000 eingestellt. Wegen nötigen Sparmassnahmen könnte es aber sein, dass es zu Verzögerungen kommt und dieser Beitrag gegebenenfalls nicht im Voranschlag 2012 eingestellt wird.

William Dalcher (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Interessieren würde ihn noch, was mit dem gemeinnützigen Keller passieren wird und wie gut dessen Auslastung ist.

Stadträtin Marion Schafroth beantwortet die Frage ihres Vorredners damit, dass der gemeinnützige Keller keine Nutzungsänderung erfahren wird. Dieser ist natürlich nicht rund um die Uhr ausgelastet, wird aber von einer Spielgruppe mehrmals in der Woche benützt. Eine weitere Auslastung mit abendlichen Partys usw. hatte man in früheren Jahren wohl probiert, doch ist dies dann wegen Lärmklagen usw. gescheitert.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über die beiden stadträtlichen Anträge in einer Abstimmung abgestimmt wird.

://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat Nr. 2011/161 als erfüllt abgeschrieben.

**298 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Postulat „Jugendzentrum in der Allee – Wegweisungsrecht für den Leiter“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/181)**

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte. Die Jugendhausleitung und die Streetworker verfügen über gute Kommunikationsmethoden und deren Interventionen werden meist auch befolgt. Andernfalls könnte die Polizei herbeigerufen werden, sollte es eskalieren bzw. nötig sein. Die Allee gehört allen, somit auch denjenigen, welche beispielsweise dort abends ihr Feierabendbier trinken. Eine Umsetzung des Postulates würde eine Polizeireglementänderung nötig machen, was der Stadtrat aber nicht will.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) ist als Postulantin etwas über die stadträtliche Argumentation irritiert, hatte sich doch Herr Guido Langenegger als Jugendhausleiter dahingehend geäußert, dass er froh über einen parlamentarischen Auftrag wäre, wie sie dies mit ihrem Postulat verlangt habe. Sollte sich jemand an der Bezeichnung „Wegweisungsrecht“ stossen, so wäre sie bereit, ihren Vorstoss entsprechend anzupassen und/oder neu zu formulieren.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, dass ein Wegweisungsrecht gemäss § 26 des Polizeigesetzes lediglich der Polizei, der Feuerwehr und Rettungskräften zusteht. Der Jugendhausbetreiber kann aber Hausverbote erteilen und bei gravierenden Vorkommnissen vor dem Jugendhaus gegebenenfalls die Polizei aufbieten. Die SVP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung an den Stadtrat nicht zustimmen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) meint, das Wort Wegweisungsrecht könnte tatsächlich falsch ausgelegt werden. Der Besuch der Einwohnerratsmitglieder bei einer kürzlichen Informationsveranstaltung im Joy zum Thema Jugendarbeit war leider spärlich. Am betreffenden Morgen wurden die Postulantin und sie vom Jugendhausleiter darauf angesprochen, ob es nicht möglich sei, ihm das Wegweisungsrecht für Anlässe in und vor dem Jugendhaus zu geben, damit er bezüglich dem Drogen- und Alkoholkonsum in der näheren Umgebung auch Einfluss nehmen könne. Sie selbst war nach den damaligen Aussagen der Stadtpräsidenten auch davon ausgegangen, dass die Postulantin auf die Unterstützung des Stadtrates zählen darf.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, dass sich auch ihre Fraktion gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat ausspreche und sich den Ausführungen der Stadtpräsidentin anschliessen kann. Sie kann sich natürlich schon vorstellen, dass auch die Jugendhausleitung daran interessiert ist, dass der Ruf des Jugendhauses unter den Geschehnissen vor dem Jugendhaus nicht leidet. Negativ auffallende Jugendliche hatte es in der Vergangenheit gegeben und wird es auch in Zukunft geben. Es wäre wünschenswert, wenn der Jugendhausleiter nicht nur an die sogenannten angepassten Klienten des Jugendhauses denkt, sondern dass dieser auch an die übrigen Jugendlichen denkt, damit der Gesamtblick nicht verloren geht. Eine enge Zusammenarbeit der Jugendhausleitung mit den Streetworkern wäre wünschenswert und sinnvoll, denn die Streetworker wären genau die richtigen Personen, welche sich den negativen Jugendlichen annehmen könnten. Das Postulat zeigt den falschen Weg auf, weshalb man die Überweisung an den Stadtrat nicht unterstützt.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) möchte nochmals klar festhalten, dass man mit dem Postulat keinesfalls ein schlechtes Licht auf die Arbeit der Jugendhausmitarbeiter werfen wollte. Es ist sicher auch nicht so, dass die Klientschaft des Jugendhauses kategorisiert wird.

Daniel Spinnler (FDP) unterstützt das Votum von Ratskollegin Corinne Ruesch. Ein Wegweisungsrecht soll weiterhin der Polizei vorbehalten bleiben, sollte dies überhaupt notwendig sein. Die im Postulat erwähnten Einschränkungen braucht man nicht und deshalb wird die FDP-Fraktion die Postulatsüberweisung ebenfalls ablehnen.

Walter Leimgruber (SP) verzichtet auf eine Wiederholung von bereits gemachten Aussagen. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass man vor einer Übernahme von Polizeifunktionen durch die Jugendhausleitung warnt, denn schlussendlich dürften die Betroffenen gar selbst in eine Teufelsküche kommen. Persönlich ist er der Meinung, dass das Problem des Jugendhauses in Liestal schon auch darin liegen dürfte, dass das öffentliche Areal gleich unmittelbar vor der Eingangstür beginnt, welches auch von der Allgemeinheit genutzt werden kann. Dem Jugendhaus fehlt es an Freizonen und einer Umgebung vor der Haustüre, wo sich die Jugendlichen auch draussen aufhalten können.

Stadtpräsidentin Regula Gysin äussert, sie habe regelmässigen Kontakt mit den Streetworkern. In der Allee halten sich ganz verschiedene Altersgruppen aus ganz verschiedenen Gründen auf. Bei denjenigen, die ganz nahe beim Jugendhaus rauchen und/oder Alkohol konsumieren, wird man vorstellig. Man bittet die Betroffenen, etwas Abstand zum Jugendhaus zu nehmen, wobei solche Bitten oder Aufforderungen grossmehrheitlich auch verstanden und akzeptiert werden. Auch beispielsweise der Denner-Ladenbetreiber muss in einzelnen Fällen notfalls mit dem Aufbieten der Polizei drohen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass sie das Postulat Nr. 2011/181 zurückziehe.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass damit keine Abstimmung mehr nötig und das Geschäft nach dem Rückzug des Vorstosses durch die Postulantin somit erledigt ist.

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann